



Peter Moser

Ein Abstimmungstermin für die Profis

Analyse der Zürcher Gemeinderesultate der Abstimmungen vom 4.9.2011

Am deutlichsten fiel das Verdikt des Zürcher Stimmvolks bei der Initiative „Für einen wettbewerbsfähigen Kanton Zürich“ aus, welche eine Verringerung der Vermögenssteuersätze beabsichtigte, und welche wir deshalb in einfachheitshalber als „Steuerinitiative“ bezeichnen. Nur 30.9% betrug hier der Ja-Stimmenanteil, und die Ablehnung war beinahe kantonsweit flächendeckend. Abgelehnt wurde auch die Aufhebung des Gesetzes über den Bau des Polizei- und Justizzentrums (kurz PJZ) mit 45.8% Ja-Stimmen: Damit entspricht die implizite Zustimmung zu diesem Bauwerk ziemlich genau jener von 2003, als der Kredit mit 55.7% Ja angenommen wurde. Am knappsten wurde die Vorlage zur Aufhebung des Gesetzes über die hauswirtschaftliche Fortbildung mit 50.2% Ja-Stimmen angenommen. Deutlich hingegen war die Zustimmung zur Teilrevision des Sozialhilfegesetzes (61.4% Ja), welche den Informationsaustausch zwischen den verschiedenen Instanzen zwecks Verhinderung von Sozialhilfemissbrauch verbessern soll und die vorläufig aufgenommenen Personen dem Sozialhilfegesetz unterstellt. Keine Chance hatte der Gegenvorschlag dazu: Er wurde mit 38.3% Ja-Stimmen abgelehnt.

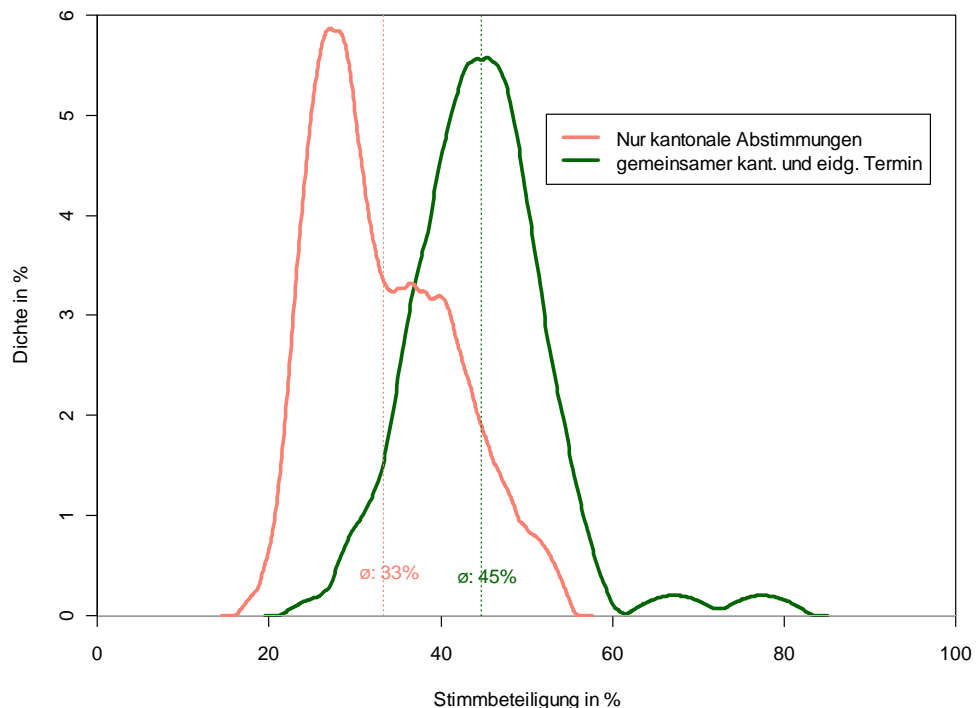
Exkurs – war die Stimmbeteiligung wirklich so ausserordentlich niedrig?

Mit 27.2% war die Stimmbeteiligung nicht eben hoch an diesem ausschliesslich kantonalen Vorlagen vorbehaltenen Septembertermin, mitten im Wahlkampf für die grossen eidgenössischen Wahlen, welche wohl auch Ressourcen binden, die sonst für Abstimmungskämpfe zur Verfügung stehen.

Mit dieser Beteiligung befindet sich der Termin zwar am unteren Ende der Streuung, völlig aus dem Rahmen fällt er aber nicht. Blickt man zurück, so beteiligten sich an rund 10% der etwa hundert Abstimmungstermine der vergangenen dreissig Jahre noch weniger Stimmberechtigte. Vergleicht man fairerweise nur Termine, an denen ausschliesslich kantonale Vorlagen zur Abstimmung gelangten, so erhöht sich der Anteil sogar auf mehr als ein Viertel (27%). Davon Demgegenüber war die Stimmbeteiligung an Terminen, an denen sowohl über kantonale als auch über eidgenössische Geschäfte entschieden wurde, nur einmal unter dem Wert vom vergangenen Sonntag. Eine Quorumsvorschrift für Urnengänge gibt es im Kanton Zürich zwar keine, die Resultate sind ungeachtet der Beteiligung gültig. Dennoch wäre eine höhere Beteiligung gerade auch an kantonalen Urnengängen zweifellos wünschenswert.

Obige Statistik macht deutlich, dass es dazu vor allem ein probates Mittel gibt – sie terminlich mit eidgenössischen Abstimmungen zusammenzulegen. Im Schnitt erhöht dies die Stimmbeteiligung nämlich um rund elf Prozentpunkte: Grafik 1 zeigt die Verteilung der Partizipation an den beiden Termintypen.

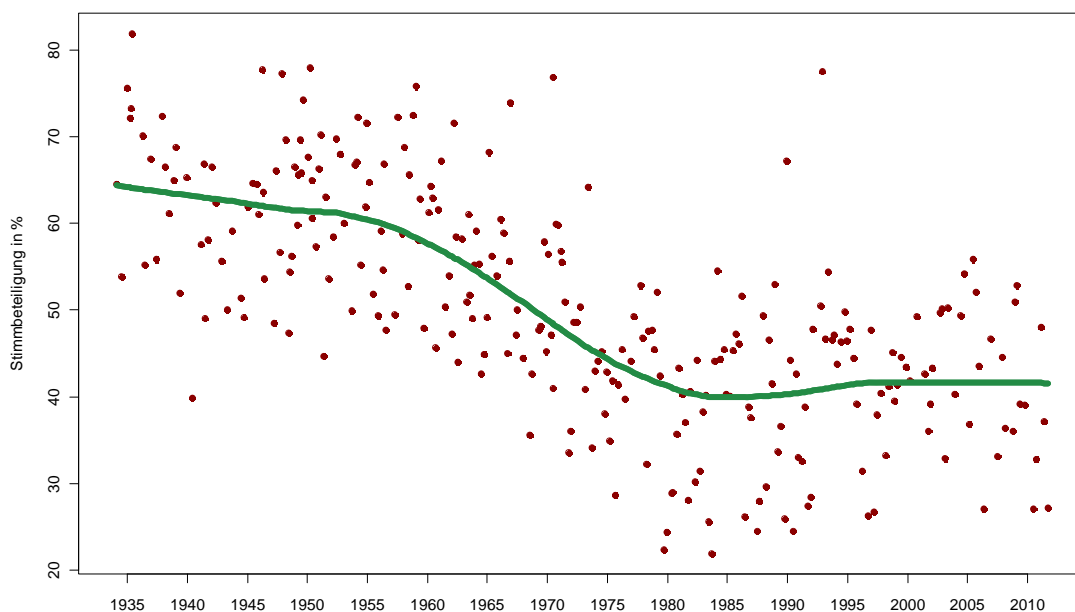
Grafik 1: Stimmbeteiligung an kantonalen und eidgenössischen Terminen
 Termine mit kantonalen Abstimmungsvorlagen 1981–2011, Durchschnittsstimmabgabe bei kantonalen Vorlagen



Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich

Grafik 2 zeigt für Interessierte auch noch den langfristigen Verlauf der Stimmbeteiligung an kantonalen Urnengängen soweit die Daten überhaupt zurückreichen. Von einem systematischen Abwärtstrend in letzter Zeit kann nicht die Rede sein, im Gegenteil: Sehr niedrige Werte häuften sich eher in den 1980er Jahren. Man kann wohl sagen, dass die Werte seit Ende der 1970er Jahre etwa konstant geblieben sind, allerdings bei erheblicher Streuung.

Grafik 2: Langfristige Entwicklung der Stimmbeteiligung
 Stimmbeteiligung bei kantonalen Vorlagen 1934–2011

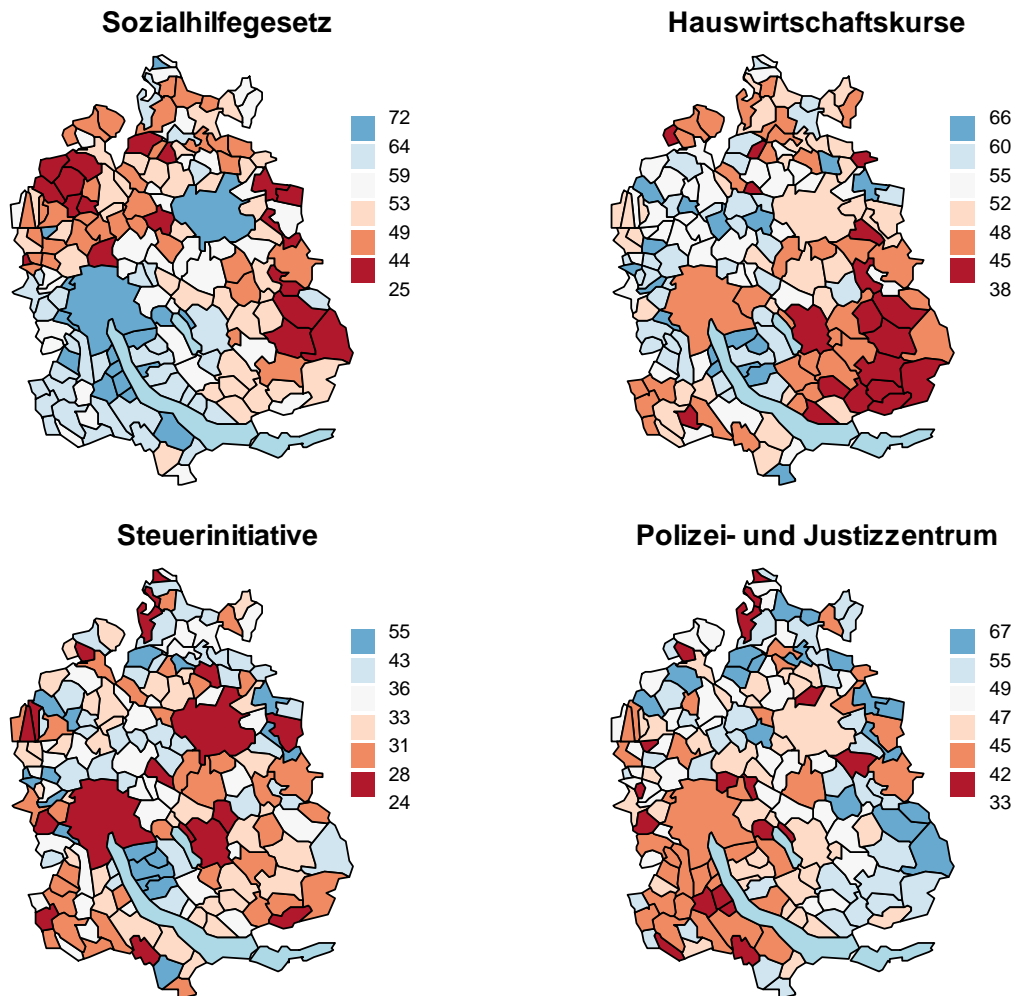


Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich

Entscheid zum Sozialhilfegesetz im Zeichen der Asylthematik

Zurück zu den Resultaten des jüngsten Urngangs: Lassen die regionalen Muster der Zustimmung (Grafik 3) Schlüsse auf die Polarisierungsmuster zu, welche die Entscheide beeinflussten?¹

Grafik 3: Die Ja-Stimmenanteile der Vorlagen vom 4.9.2011
Ja-Stimmenanteil in %



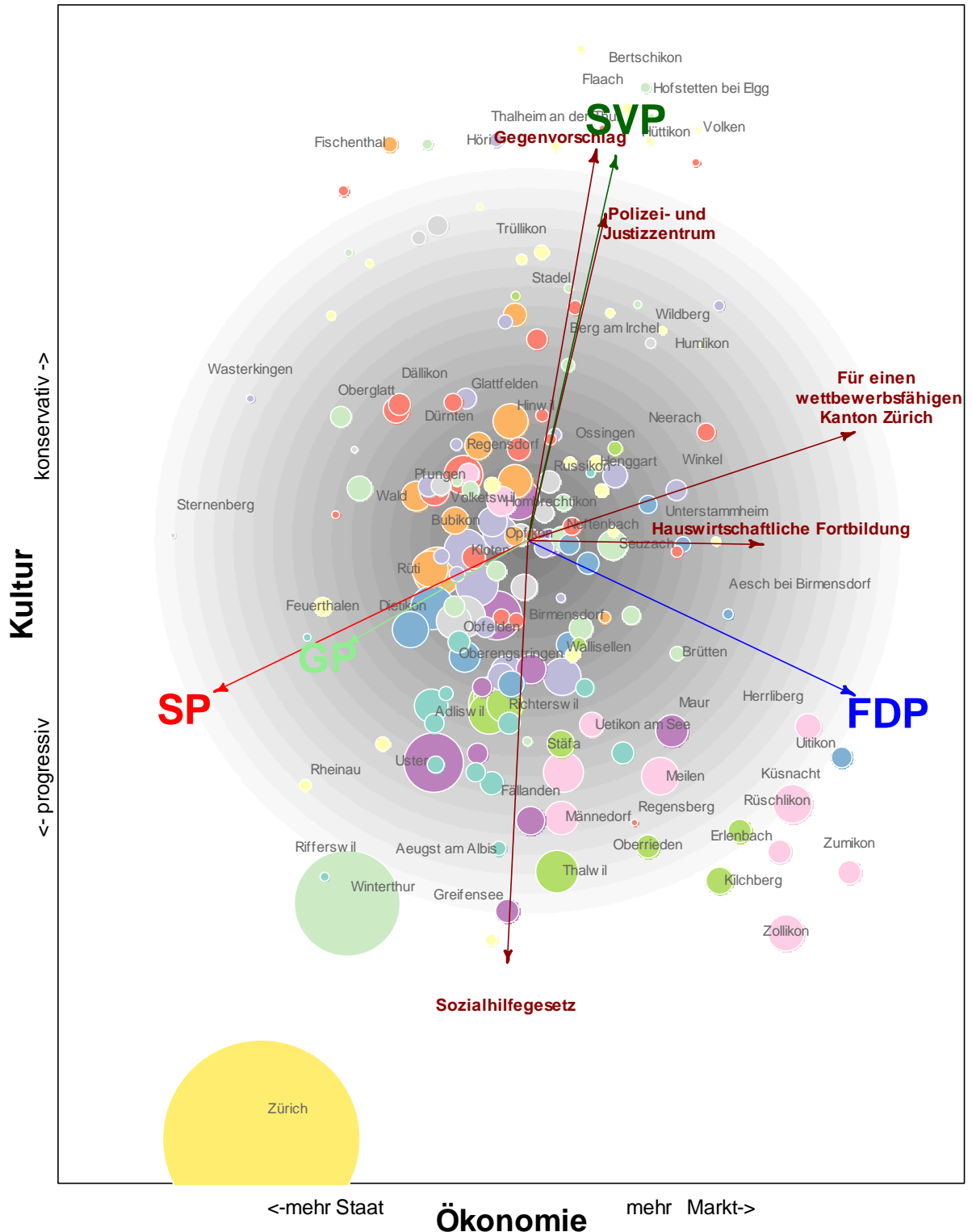
Die Farbabstufungen teilen den Wertebereich der Ja-Stimmenanteile in das 10%-, 25%-, 50%-, 75%- und 90%-Quantil ein. Das heisst: Jene zehn Prozent der Gemeinden und Stadtwahlkreise mit den niedrigsten Ja-Stimmenanteilen sind dunkelrot eingefärbt, weitere 15 Prozent mittelrot etc. Insgesamt befindet sich je etwa die Hälfte der Gemeinden im roten und im blauen Bereich. Das für die Analyse relevante räumliche Verteilungsmuster ist in dieser Darstellung unabhängig vom allgemeinen Niveau der Zustimmung gut zu erkennen.

Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich

Bei der Revision des Sozialhilfegesetzes ist dies zweifellos der Fall. Zunächst besteht zwischen den Resultaten der Vorlage und dem dazugehörigen Gegenvorschlag ein sehr enger Zusammenhang.

¹ Bei jeder Aggregatsdatenanalyse auf Gemeindeebene besteht die Gefahr, in die Falle der sogenannten "ecological fallacy", des ökologischen Fehlschlusses, zu tappen. Nur eine sorgfältig durchgeführte demoskopische Nachbefragung kann zeigen, welche Stimmbürger ein Ja und welche ein Nein einlegten. Dennoch sind die Erkenntnisse einer Aggregatsdatenanalyse brauchbar – wobei die Erfahrung lehrt, dass die Resultate der beiden Analysemethoden, soweit vergleichbar, meist übereinstimmen. Siehe dazu auch die grundsätzlichen Ausführungen am Beispiel der Ständeratswahlen 2007 in Moser 2008.

Grafik 4: Die Vorlagen in der politischen Landschaft des Kantons Zürich
 Die Grösse der Blasen ist proportional zur Zahl der Stimmberechtigten, Wählerstärke der Parteien in den Kantonsratswahlen 2011, Ja-Stimmenanteile der kantonalen Vorlagen vom 4.9.2011 (zunehmende Wähleranteile/Ja-Stimmenanteile in Pfeilrichtung, je länger der Pfeil, desto klarer der Zusammenhang)



Lesehilfe: Siehe auch Fussnote 3.
 Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich

Die Ja-Stimmenanteile ergänzen sich im Schnitt zu ziemlich genau hundert Prozent, und es gibt nur vereinzelte Gemeinden, die stark davon abweichen – was impliziert, dass der negative Zusammenhang sehr eng ist (denn das Resultat der einen Vorlage lässt sich bei

Kenntnis der anderen leicht und mit hoher Genauigkeit errechnen). Hauptvorlage und Gegenvorschlag wurden in diesem Fall klar als sich gegenseitig ausschliessende Alternativen wahrgenommen. Mit anderen Worten: Weder Doppel-Ja noch Doppel-nein dürften häufig eingelegt worden sein.² Das hat den Vorteil, dass wir uns analytisch auf die Hauptvorlage beschränken können.

Der dominante, das Ausmass der Zustimmung klar und stark prägende Gegensatz ist jener zwischen Konservativen und Progressiven: Das geht aus der fast genau vertikalen Richtung und der Länge des Pfeils in Grafik 4 hervor, in der die Abstimmungsresultate in die politische Landkarte des Kantons Zürich projiziert werden.³ Der Zusammenhang mit dem Wähleranteil der SVP ist dabei negativ, d.h. je grösser der Wähleranteil der nationalkonservativen Partei, desto geringer war die Zustimmung (gegenteiliges gilt für den Gegenvorschlag). Die SVP hatte als einzige der grösseren Parteien die Nein-Parole ausgegeben, und ihre Wählerschaft ist dieser Parole wohl mehrheitlich gefolgt, während die Zustimmung in der SP- und der FDP-Wählerschaft überdurchschnittlich ausfiel – was sich auch in den geringen Unterschieden der Ja-Stimmenanteile zwischen den „markoliberalen“ Seegemeinden und der „roten“ Stadt Zürich in Grafik 3 manifestiert.

Dieses Muster zeigt eines sehr klar: Diese Vorlage und ihr Gegenvorschlag betrafen zwar das Sozialhilfegesetz. Der Deutungsrahmen (das frame), in dem der Abstimmungsentscheid eingebettet wurde, war aber kaum ein wirtschaftlich-sozialer, sondern ein kultureller. Es ging letztlich um die Asylthematik, nicht um die Rolle des Staates oder des Marktes in der Sozialhilfe.

Steuerinitiative: „Linke“ contra „Bürgerliche“

Deutlich gewichtiger war dieser Aspekt bei der Steuerinitiative, bei der die Ja-Stimmenanteile sich in erster Linie entlang der Markt-Staat-Achse systematisch unterscheiden, wie dies die Thematik der Vorlage nahelegt, allerdings nicht ausschliesslich. Man kann hier für einmal davon ausgehen, dass FDP- und SVP-Wählerschaften in dem Sinne an einem Strick zogen, als deren Zustimmung in der Tendenz leicht überdurchschnittlich war – wobei man allerdings gleich hinzufügen muss, dass sich „überdurchschnittlich“ selbstverständlich auf den niedrigen kantonalen Zustimmungsmittelwert von 30% bezieht, also keinesfalls mit „mehrheitlich“ gleichgesetzt werden darf. Klar unterdurchschnittlich war hingegen die Zustimmung in der SP-Wählerschaft, mit deren Wähleranteil der Ja-Stimmenanteil auch am stärksten zusammenhängt, wie die Parallelität des Partei- und des Abstimmungspfeils in Grafik 4 erkennen lässt.

Kampagneneffekte bei der Hauswirtschaftsvorlage?

Zwar ähnelt das politräumliche Muster der Zustimmung bei der Vorlage über die Streichung der Beiträge an die hauswirtschaftliche Fortbildung demjenigen bei der Steuerinitiative. Die Zusammenhänge sind allerdings generell schwächer und nicht aussagekräftig genug, um sichere Schlüsse über das Abstimmungsverhalten der politischen Gruppierungen zu ziehen. Auch zwischen der Soziodemographie der Gemeinden und dem Abstimmungsresultat besteht kein klarer und aussagekräftiger Zusammenhang.

Nun ist in Grafik 3 ist vor allem eines auffällig: die ausgeprägte und einheitliche Ablehnung der Vorlage im Zürcher Oberland. Gibt es eine systematische Erklärung dafür? Abstimmungsresultate können grundsätzlich durch verschiedene Faktoren beeinflusst sein. Auf einer relativ abstrakten Makro-Ebene beeinflussen strukturell-soziodemographische Gegebenheiten und ideologischen Grundhaltungen das Abstimmungsverhalten in den Gemein-

² Das muss nicht unbedingt so sein, wie wir in Moser 2010b am Beispiel eines Vergleichs der Ausschaffungsiniziative und der Kinderbetreuungsiniziative gezeigt haben.

³ Siehe dazu Moser 2005, 2010a und 2011. Die Darstellung beruht auf den eidgenössischen Urnergängen 2007–2011. Die Pfeile zeigen einerseits die Richtung, in der die Ja-Stimmenanteile, bzw. Wähleranteile der Parteien zunehmen. Andererseits ist deren Länge auch ein Indiz für die Erklärungskraft der beiden ideologischen Faktoren: Je länger der Pfeil (die graue Schattierung erleichtert den Vergleich), desto stärker ist der Zusammenhang. So kann abgeschätzt werden, ob, und wenn ja, welche Bedeutung die grundsätzlichen politischen Polarisierungsmuster für den Entscheid hatten.

den in der Regel. Diese Grössen verändern sich nur langsam, und die Datenbeschaffung bereitet in der Regel keine Probleme. Aus diesem Grund sind sie auch Bestandteil unseres Standardmodells zur Analyse von Abstimmungsergebnissen.⁴ Auf einer bereits viel konkreteren Ebene relevant sein können auch regional asymmetrische Betroffenheitskonstellationen,⁵ die sich – man denke etwa an ein Anflugregime für den Flughafen – auch ziemlich rasch ändern können.

Und last but not least kann auch eine regional differenzierte Intensität der Abstimmungskampagne als Ursache für unterschiedliche Resultate in den Gemeinden verantwortlich sein – eine Einflussgrösse die allerdings meist nur mit erheblichem Aufwand zu messen ist, weil sich eine Kampagne auf eine ganz konkrete Vorlage bezieht.

Selbstverständlich können wir im Rahmen dieser Analyse keine flächendeckende Erhebung der Dichte von Plakaten des Referendumskomitees, oder der Zeilenzahl von Leserbriefen und Artikeln in der Lokalpresse als mögliche Indikatoren für die Intensität der gegnerischen Propaganda durchführen, wie man dies in einer politikwissenschaftlichen Forschungsarbeit tun würde. Als Ersatz bietet sich aber an, die räumliche Verteilung der Mitglieder des Referendums- und Unterstützungskomitees, also des Personenkreises, der für die Nein-Kampagne verantwortlich war, zu erfassen.⁶

Unser Standardmodell bildet die Einflüsse der politisch-ideologischen und der soziodemographischen Gegebenheiten in den Gemeinden ab. Wie bereits erwähnt, ist es im Fall der Hauswirtschaftsvorlage nicht besonders aussagekräftig: Es erklärt nur etwa 38% der Varianz der Ja-Stimmenanteile, was vergleichsweise wenig ist.⁷ Ergänzt man es aber mit einer zusätzlichen Variable, welche die Stärke der Vertretung des Referendumskomitees in den Gemeinden abbildet, so zeigt sich folgendes: In jenen Gemeinden, in denen das Unterstützungskomitee mit mehr als einem Mitglied vertreten ist, war der Ja-Stimmenanteil im Schnitt rund sieben Prozentpunkte niedriger als in den anderen. Dieser Effekt ist signifikant und trägt immerhin 9% zur erklärten Varianz des Modells bei. Rund 43% der Mitglieder des 82-köpfigen Unterstützungskomitees wohnen in der Region Zürcher Oberland – was die erwähnte regionale Auffälligkeit erklären würde.

Skeptizismus ist der Anfang aller Wissenschaft: Selbstverständlich ist dieses überraschende Resultat kein gültiger Beweis für den vermuteten Kampagneneffekt. Einerseits steht der messbare Indikator in einem recht lockeren, und nicht empirisch validierten Zusammenhang mit der Intensität der Kampagne, also dem Konzept, das gemessen werden soll. Andererseits könnte der Kausalzusammenhang auch in der Gegenrichtung verlaufen, nämlich dann, wenn in den Gemeinden, in denen der Widerstand gegen die Abschaffung der Hauswirtschaftskurse aus unbekanntem, für uns unbeobachtbaren Gründen zum Vorneherein besonders ausgeprägt war, sich auch mehr Personen für das Mitmachen im Komitee motivieren liessen.

Dennoch: Gerade bei einer Vorlage, die offensichtlich ideologisch wenig polarisiert und zu der die Meinungen deshalb auch noch flüssig und beeinflussbar sind, könnte eine lokal energisch geführte Kampagne durchaus einen Unterschied machen – auch wenn es am Ende für den kantonalen Sieg knapp nicht gereicht hat

PJZ redivivus: Kohärentes Abstimmungsverhalten 2003 und heute

Bleibt noch die Abstimmung über das PJZ. Wie Grafik 4 zeigt, besteht, trotz der etwas verworrenen, quer zu den politischen Bruchlinien verlaufenden Koalitionsbildung⁸, ein klarer Zusammenhang des Ja-Stimmenanteils mit der lotrechten, der kulturellen Achse der poli-

⁴ Das Modell ist in Moser 2009c ausführlich beschrieben, Anwendungsbeispiele finden sich in den meisten folgenden Zürcher Abstimmungsanalysen.

⁵ Eine erhebliche und statistisch nachweisbare Bedeutung haben sie im Kanton Zürich insbesondere bei Flughafen und ÖV-Vorlagen (siehe dazu Moser 2009a und b).

⁶ Sie finden sich, mit Namen, Funktion und Wohnort, auf der Homepage des Referendumskomitees www.fortbildungsschulen.ch

⁷ Zum Vergleich: dasselbe Modell erklärt bei der Sozialhilfevorlage 72% der Varianz.

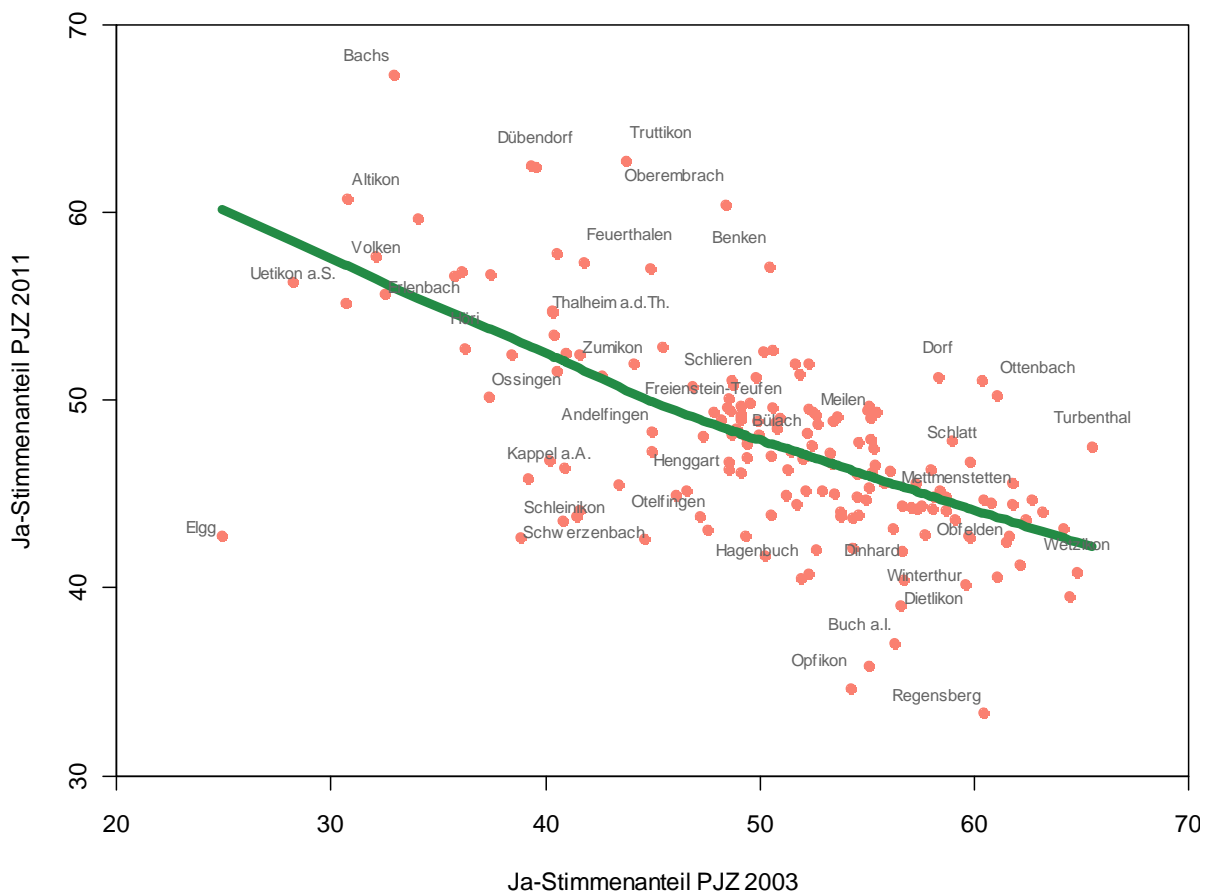
⁸ SVP, EDU, glp sowie die Grünen und die AL hatten die Ja-Parole ausgegeben.

tischen Landkarte und damit auch mit dem SVP-Wähleranteil. Je höher dieser war, desto ausgeprägter war auch die Zustimmung für die Aufhebung des Gesetzes über den Bau des PJZ. Es ist deshalb wahrscheinlich, dass die SVP-Wähler ihrer Parteiparole gefolgt sind.

In der Diskussion im Vorfeld und nach der Abstimmung war bisweilen zu hören, dass die Ablehnung der Vorlage und damit die Befürwortung des Baus allein der gegenintuitiven Formulierung – wer „nein“ sagt, sagt letztlich „ja“ – zu verdanken sei. Was ist davon zu halten?

Der relativ enge Zusammenhang der aktuellen Resultate mit denjenigen von 2003 (Grafik 5) ist ein Hinweis darauf, dass das Abstimmungsverhalten über die Zeit von immerhin acht Jahren durchaus kohärent war und sich die Stimmberechtigten durch die verwirrende Formulierung der Abstimmungsfrage nicht ins Bockshorn jagen liessen. Der Zusammenhang ist selbstverständlich, wegen der gespiegelten Abstimmungsfragen negativ.

Grafik 5: Die beiden Abstimmungen zum PJZ im Zusammenhang
Kommunale Ja-Stimmenanteile, PJZ-Abstimmungen von 30.11.2003 und 4.9.2011



Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich

Wenn man sich's recht überlegt, so ist das auch nicht überraschend. Denn – um den Bogen zum anfänglichen Exkurs über die Stimmbeteiligung zurückzuschlagen – jenes Viertel der Stimmbürger, das am 4.9.2011 an der Abstimmung teilnahm, ist ja keine Zufallsstichprobe aus der Gesamtheit der Stimmberechtigten. Vielmehr handelt es sich dabei um eine Selbstauswahl, den harten Kern, jene Profiurnengänger, die vermutlich an ausnahmslos jeder Abstimmung teilnehmen. Dass sie ausgefuchst und erfahren genug sind, um auch die komplexesten Vorlagenrätsel zu lösen, welche Initiativkomitees oder der Regierungs- und der Kantonsrat aushecken, versteht sich eigentlich von selbst. Jene, die damit nicht zurechtkommen, verzichten wohl zum vorneherein auf das Öffnen des Abstimmungscouverts.

Literatur

Moser, Peter (2005). Politik im Kanton Zürich – eine Synthese. statistik.info 2005/15, Statistisches Amt des Kantons Zürich.

Moser, Peter (2008). Die Zürcher Ständeratswahlen 2007 – eine Nachlese. Aggregats und Befragungsdaten im Vergleich. statistik.info 2008/04, Statistisches Amt des Kantons Zürich.

Moser, Peter (2009a) Komplementärmedizin, biometrische Pässe und Halbstundentakt. Eine Analyse der Zürcher Resultate der Abstimmungen vom 17. Mai 2009, statistik.info 2009/04, Statistisches Amt des Kantons Zürich.

Moser, Peter (2009b). Sozial-, Institutions- und Fluglärmpolitik. statistik.info 2009/10, Statistisches Amt des Kantons Zürich.

Moser, Peter (2009c). Minarettinitiative und Regierungsratsersatzwahl - Eine Analyse der Zürcher Gemeinderesultate der Abstimmungen vom 28.11.2010. statistik.info 2010/15, Statistisches Amt des Kantons Zürich.

Moser, Peter (2010a). Wer wählt wen im Kanton Zürich? - Soziale Herkunft und politische Haltungen der Parteiwählerschaften. statistik.info 2010/07, Statistisches Amt des Kantons Zürich.

Moser, Peter (2010b). Ausschaffung und Steuergerechtigkeit- - Eine Analyse der Zürcher Resultate der Urnengänge vom 29.11.2009. statistik.info 2009/12, Statistisches Amt des Kantons Zürich

Moser Peter (2011). „Wie der Kanton Zürich politisch funktioniert“. Neue Zürcher Zeitung, 8.3.2011.

Das Statistische Amt des Kantons Zürich ist das Kompetenzzentrum für Datenanalyse der kantonalen Verwaltung. In unserer Online-Publikationsreihe "statistik.info" analysieren wir für ein breites interessiertes Publikum wesentliche soziale und wirtschaftliche Entwicklungen im Kanton und Wirtschaftsraum Zürich. Unser monatlicher Newsletter "NewsStat" und unser tagesaktueller RSS-Feed informieren Sie über unsere Neuerscheinungen in der Reihe "statistik.info" sowie über die Neuigkeiten in unserem Webangebot.

Fragen, Anregungen, Kritik?

Verfasser: Dr. Peter Moser
Telefon: 044 259 12 35
E-Mail: peter.moser@statistik.ji.zh.ch

Statistisches Amt des Kantons Zürich
Bleicherweg 5
8090 Zürich

Telefon: 044 225 12 00
Fax: 044 225 12 99

E-Mail: datashop@statistik.zh.ch

www.statistik.zh.ch

© 2011 Statistisches Amt des Kantons Zürich, Abdruck mit Quellenangabe erlaubt.